

Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend, Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, 1.

Anzeigen: In Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 7.

Sonnabend, den 18. Februar 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist vollständig zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

München. Hier stehen die Steinmehlen und Schleifer in Tarifunterhandlungen. Der Zuzug nach München ist daher streng zu vermeiden; etwaige durchreisende Kollegen haben sich sofort an den ersten Vorstehenden, Kollegen Johann Galt auf Steinmehlwerkplatz Gschwender, Neuhäuser Wiener Straße 99, oder in seine Wohnung, Schneidenerstraße 28, III, zu wenden. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Striegau. Die Granitarbeiter im hiesigen Distrikt stehen mit den Arbeitgebern wegen Wiedereinführung eines Tarifs in Verhandlungen.

Hannau. Die Marmorwarenfabrik Zimmermann ist gesperrt.

Dresden. Zuzug von Marmorarbeitern nach hier ist streng fernzuhalten.

Weg. Nach hier ist Zuzug streng fernzuhalten. Am katholischen Vereinshaus kam es zu Lohn Differenzen.

Bremen. Ueber die Kunststeinfabriken Hurrellmeier, Braunschold und Koffel ist die Sperre verhängt.

Demokratisches in der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation.

I.
Dem Hamburger Echo entnehmen wir den nachstehenden höchst instruktiven Artikel, welchen wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten.

Der demokratische Geist ist nicht, wie seine Widersacher so oft behauptet haben, ein Produkt „irrender und zügellosen Denkers“, sondern die natürliche und zugleich die sittlich höchste Konsequenz der menschlichen Gemeinschaft. Er ist ein integrierender Teil der uns Verknüpfung übergegangenen Interessensolidarität, des Solidaritätsgefühls, das von jeher in allen Daseins- und Interessenkämpfen der Menschen, für die ganze Kulturentwicklung der wichtigste, bestimmendste und entscheidendste Faktor war. Derjenige Zug des menschlichen Wesens, vermöge dessen solche, die gemeinschaftliche Interessen zu bewahren und zu fördern haben, sich näher aneinander schließen, um nach übereinstimmender Erwägung und nach einheitlichem Plan zu wirken, ist ein so natürlicher, allgemeiner und unzerstörbarer, daß hierauf der ganze gesellschaftliche Verband, also tatsächlich das Gedeihen und die Fortexistenz des menschlichen Geschlechts beruht. Diesen Grundzug des menschlichen Wesens kann keine Tyrannei, keine die Interessen menschlicher Gemeinschaft unterdrückende Gewalt vernichten. Er bleibt erkennbar und wirksam unter dem Regiment absolutester Willkür; möge herrschendes Sonderinteresse noch so sehr wider ihn freveln, immer und unter allen Umständen kommt für Völker, die unter dem Zwange der entwicklungs-gesellschaftlichen Bedürfnisse stehen, die Zeit, wo er und mit ihm der demokratische Geist als befreiende, umgestaltende und normativbringende Macht sich behauptet.

Das lehrt die Geschichte. Nur auf ein großes Beispiel, das die Vergangenheit bietet, sei hier hingewiesen: Aus der Interessensolidarität wuchs im Mittelalter, allem widerstrebenden Einfluß der kirchlichen und weltlichen Macht zum Trotz, die Organisation des Handwerks auf der Basis des Prinzips der Gleichheit von Rechten und Pflichten. Die Gilden und Zünfte in ihrer Ursprünglichkeit, ehe sie entarteten zu einer Privilegien-Miswirtschaft, waren demokratische Einrichtungen in des Wortes vollster und reinstester Bedeutung. In ihnen war echtes Solidaritätsgefühl wirksam nach dem Grundsatz: Einer für alle, alle für einen. Aus diesem wirtschaftlich-gemeinschaftlichen Demokratismus entwickelte sich resp. verband sich ganz naturgemäß jener starke politische Demokratismus, der das mittelalterliche Bürgertum der Städte charakterisierte bis dahin, daß die wirtschaftliche Interessensolidarität zerfiel.

Als dieser Zerfall eintrat, als in der zünftlerischen Organisation das Prinzip der Gleichheit an Rechten und Pflichten seine Geltung mehr hatte und einem Arbeitsherrn eine Klasse unterdrückter Arbeiter gegenüberstand — da waren es die Gesellen und hier und da — so England — selbst die Lehrlinge des Handwerks, welche

sich genossenschaftlich-demokratisch verbanden zum Kampf für ihre berechtigten Interessen.

Ganz naturgemäß brachte dann die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine neue Interessensolidarität der Arbeiter und das Bestreben der Arbeiter, ihr zu genügen, mit sich. Es entstanden die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, deren Geschichte ohne Zweifel einmal einen der wichtigsten und bedeutendsten Teile der Kulturgeschichte unserer Zeit bilden wird.

Veruchte diese Organisation lediglich auf moralischem Solidaritätsgefühl, so würde man volkswirtschaftlich mit diesem Faktor kaum oder doch nicht in erheblichem Maße rechnen können. Aber die Solidarität, von ihrer moralischen Seite ganz abgesehen, entspringt mit der Sicherheit eines Naturgesetzes aus wesentlich wirtschaftlich-sozialen Motiven. Und darin begreift sich ihre unzerstörbare Kraft, die unaufhaltsam vorwärts drängt.

Darüber besteht für jeden vorurteilsfreien und logisch denkenden Menschen kein Zweifel, daß das Masseninteresse der Arbeiter als eine der entwicklungs-gesellschaftlichen Bedingungen entsprechende sozialökonomische und politische Macht vorhanden ist und als solche ihre vollste Berechtigung sowie Anspruch auf Befriedigung hat.

In der selbständigen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, in ihrer solidarischen sozialökonomischen Betätigung für die gemeinsamen Interessen erfährt der demokratische Geist ganz notwendig stetige Pflege; er führt zum politischen Demokratismus. Ist diese Organisation selbst doch eine durchaus demokratische, und zwar eine freiwillig demokratische, abgesehen davon, daß der Zwang der Verhältnisse zu ihr führt. Soll sie für die Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen ernsthaft in Betracht kommen, so kann sie nur demokratischen Charakters sein; ihre Grundzüge, ihre Ziele weisen sie mit zwingender Macht darauf an. Ihre Bestrebungen sind darauf gerichtet, dem Arbeiter entgegen der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitalismus das größtmögliche Maß wirtschaftlicher Wohlfahrt, Sicherheit und Freiheit zu erringen.

Vor allen Dingen betreibt die Organisation die Ueberwindung des Zustandes der Isolierung der Arbeiter. Das ist der erste große wahrhaft demokratische Schritt, der im Emanzipationskampfe der Arbeiter getan werden muß, ja, der recht eigentlich zu diesem Kampfe erst führt, ihn möglich macht. Der Kapitalismus hat den Atomismus, übertragen auf das wirtschaftliche und soziale Leben, zur Voraussetzung mit der Tendenz, den einzelnen Arbeiter loszulösen vom Ganzen, aus dem Daseins- und Interessenkampf der Arbeiter untereinander seine Vorteile zu ziehen. Der einzelne Arbeiter ist ohnmächtig ihm gegenüber, seiner absoluten Willkür unterworfen.

In Rücksicht auf diesen Umstand kann die bindende und einende Macht des Demokratismus, die in der Arbeiterorganisation ihren Ausdruck findet, nicht hoch genug bewertet werden. Das wirtschaftliche, soziale und politische Uebergewicht des Kapitalismus kann nicht vom einzelnen Arbeiter, sondern nur von der zusammengefaßten Macht von Hunderten und Tausenden von Arbeitern berührt oder gar aufgewunden werden. Daher die fanatische Feindschaft herrschender Klassen, vor allem der Unternehmer, gegen die Arbeiterorganisationen.

Es ist eine absurde Behauptung, die von seiten dieser Elemente so oft aufgestellt wird, daß eine starke genossenschaftliche Arbeiterorganisation „ohne Ausübung unnatürlichen Zwanges auf die einzelnen“ nicht möglich sei. Sie konstruieren ganz willkürlich ein völlig falsches Ideal von der „Freiheit des Einzelmenschen“ auf wirtschaftlichem Gebiete, das den schroffsten Gegensatz bildet zu ihrem politischen und sozialen Freiheitsbegriff. Kommt der Arbeiter unter politischen Gesichtspunkten in Betracht, als Staatsbürger in Ansehung politischer Rechte, dann sagen sie ihm: in weiser Beschränkung der Freiheit des Einzelmenschen „zum Heile aller“ beruhe die „wahre Ordnung“; Autorität müsse sein; ihr habe der einzelne sich zu unterwerfen usw. Unter weiser Beschränkung der Arbeiterfreiheit verstehen sie immer seine politische Entrechtung, die Vergewaltigung der Freiheit überhaupt. Daß der Arbeiter der Beherrschung und willkürlichen Beherrschung durch öffentliche Gewalt und privilegierte Stände und Klassen unterworfen wird, betrachten sie als selbstverständlich und notwendig. Anders, wenn es sich um den Arbeiter als wirtschaftlichen Faktor, als Gütererzeuger, als Ausbeutungsobjekt handelt. In diesem Falle proklamieren sie die „unbeschränkte Freiheit des Einzelmenschen“ und erklären: der

Arbeiter „verfündige“ sich an seinem „höchsten Gut“, wenn er sich, obwohl freiwillig, den Entschliessungen einer Organisation unterwirft, deren Zweck die Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen ist.

Natürlich ohne ein gewisses Maß von Beschränkung der willkürlichen Entschliessung und des willkürlichen Handelns des einzelnen gibt es keine gemeinsame Freiheit und kein solidarischer Wirken.

Das wirtschaftliche „Freiheits“-Ideal des Kapitalismus wird noch weiter sehr dröselig dadurch charakterisiert, daß nach seiner Volkswirtschaftslehre und „ordnungspolitischen“ Theorie Unternehmer und Arbeiter im Arbeitsvertrage „nicht das gleiche Maß von Freiheit genießen können“, d. h. daß der Arbeiter da überhaupt keine Freiheit zu beanspruchen hat. Er soll sich der einseitigen, willkürlichen Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitsherrn unbedingt unterwerfen. Und das nennt man „freien Arbeitsvertrag“.

Dies ist der Punkt, bei welchem der gewerkschaftliche Demokratismus zu praktischem Wirken einsetzt. Er stellt der kapitalistischen Uebermacht die Arbeitskraft möglichst ergiebig bei möglichst niedrigen Löhnen und möglichst langer Arbeitszeit auszubehuten, eine regelrechte stetige Entwertung der Arbeitskraft zu bewirken, das Bestreben gegenüber, solches nach Möglichkeit zu verhindern und das Gegenteil davon herbeizuführen, den Arbeitern die größtmögliche ökonomische Macht zu sichern. Diese Macht, errungen durch die demokratische Organisation der Arbeiter, ist Freiheit für den einzelnen Arbeiter. Um das zu erfassen, ist nur nötig, daß man die demokratische Grundidee fest im Auge behält, wonach das zu erstrebende Ziel nicht ein Höchstmaß von Vorteilen für eine Minderzahl, sondern für alle zugleich sein soll. Freilich kann das zur Folge haben, daß einzelne weniger Vorteile erlangen, als sie sonst erzielen würden. Aber dieser Umstand kann als entscheidender für die Beurteilung des Wertes der Organisation gar nicht in Betracht kommen, wie sehr ihn deren Gegner auch geltend machen zugunsten der „Freiheit des Einzelmenschen“. Was der einzelne, dem demokratischen Bewußtsein folgend, unter Nachachtung der Beschlüsse der Organisation etwa verliert, a. B. bei Innehaltung verfürter Arbeitszeit, beim Nichtangehen auf bestimmte Arbeits- oder Lohnsysteme, welche die Organisation als gemeinschädlich erachtet usw., das wird ihm mehr als reichlich aufgewogen durch andre, sicherere und bedeutendere Vorteile, die er als einzelner niemals erlangen könnte.

Die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen, des Lohnes und der Lohnsysteme, der Arbeitszeit usw. usw. durch die demokratische Organisation der Arbeiter mit den Unternehmern, der kollektive Arbeitsvertrag, ist das einzig mögliche und richtige Mittel, um für jeden einzelnen Arbeiter in der ganzen Gruppe den Vorteil besserer Arbeitsbedingungen zu sichern.

In diesem Punkt gerade erfährt der demokratische Grundprinzip nicht nur, sondern das demokratische Gesellschaftsideal einen sehr konkreten Ausdruck, soweit das nach Maßgabe der ihm entgegenstehenden Einrichtungen und Verhältnisse möglich ist. Es gilt ein stetiger Steigerung unterworfenen Minimum von Bedingungen menschentwürdiger Existenz für alle diejenigen, auf welche die Tätigkeit der Organisation resp. deren Wirkung sich erstreckt, zu erringen und sicher zu stellen. Das ist zugleich eine höchst wichtige und nach unserm Ermessen unerläßliche Vorbereitung zu einer demokratischen Organisation des gesamten Wirtschaftslebens, die ohne Zentralverwaltung nicht zu denken ist.

Der Pflastersteinzoll und kein Ende.

Der Direktor des Granitwerks „Gasserode“ im Harz, Herr Moritz Klein, greift sofort zur Feder, wenn wir irgendwie zum Pflastersteinzoll Stellung nehmen. Dabei wundere uns nur das eine, daß er seine Ausführungen nicht im offiziellen Organ seines Verbands kundgibt. Vielmehr würde die Redaktion dieses Organs eine Aufnahme verweigern mit der einfachen Begründung, die Hartsteinindustriellen sind teilweise für und teilweise gegen den Zoll. Die letzteren teilen somit den Standpunkt der Arbeitnehmer. Wir geben aber Herrn Klein in unserm Organ trotzdem das Wort, um die weitgehendste Toleranz zu beweisen.

Seine Replik richtet sich hauptsächlich gegen den Artikel

in Nr. 4 des Steinarbeiter mit der Ueberschrift: „Der Zoll auf Pflastermaterial“. Herr Klein schreibt uns folgendes:

Auf den von Ihnen in Ihrer Nr. 4 zum Abdruck gebrachten Artikel der Kieler Zeitung bitte ich, mir an gleicher Stelle Raum zu einer kurzen Erwiderung geben zu wollen.

Nach ich bedaure, daß man nichts von dem Inhalt der neuen Handelsverträge erfährt. (Sind inzwischen veröffentlicht worden, mit Ausnahme der autonomen Tarife. Die Redaktion des Steinarbeiter.) Die Kieler Zeitung irrt sich aber, wenn sie glaubt, unter Umständen noch Schritte in dieser Richtung tun zu können. Das ist ausgeschlossen, da sowohl Belgien als auch Oesterreich in Frage kommen. Der Zoll, welcher mit einem Staat vereinbart ist, muß auch meistens (?) dem andern wieder bewilligt werden, und diejenigen Länder, mit denen ein Handelsvertrag nicht zustande kommt, die aber Meistbegünstigungsverträge haben, erhalten die für sie günstigsten Sätze in den Handelsverträgen, darüber hinaus aber nicht.

Was speziell den Pflastersteinzoll betrifft, so werden wir leider nach allen Anzeichen den autonomen Zollsatz nicht behalten, sondern vielleicht nur 20 Pfg. pro 100 Kilo. Der autonome Zollsatz von 40 Pfg. ist durchaus kein hoher und macht die ausländische Konkurrenz in Deutschland durchaus nicht unmöglich, wie wir jetzt beispielsweise wieder in Wiesbaden gesehen haben. Dort wurde im letzten Herbst, als der Rhein noch Wassermangel hatte und der Streik in Schweden noch bestand, der deutschen Industrie für Granitpflastersteine erster Sorte pro Kubikmeter zirka 10 Mk. (?) mehr bezahlt, als die Schweden jetzt nach Beendigung des Streiks gefordert haben und auch erhalten.

Der Zoll von 20 Pfg. pro 100 Kilo macht aber nur zirka 4 Mk. pro Kubikmeter aus, und wenn Derartiges in Wiesbaden möglich ist, so werden die Küstenplätze auch selbst nach dem autonomen Zollsatze immer skandinavische Pflastersteine erheblich billiger kaufen, als deutsche. Daß der Transport der deutschen Pflastersteine den deutschen Eisenbahnen und somit der Allgemeinheit wieder zugute kommen würde, geniert ja die Kieler Zeitung nicht, wenn die Stadt und die Küstenplätze nur billige Pflastersteine bekommen. Ob die große deutsche Steinindustrie dabei Rot leidet oder nicht, ist ihr und auch noch andern Leuten gleichgültig. Es trifft doch trotz Ihrer gegenteiligen redaktionellen Behauptung zu, daß der Zoll das Absatzgebiet für die deutschen Steinbruchbesitzer erweitert und die Preise verbessert, wie viele Beispiele in neuerer Zeit, namentlich das oben angeführte, buchstäblich beweisen.

Sich kann es Ihnen auch beweisen (?), daß die Löhne dadurch aufgebessert werden und daß die Arbeiter also auch direkt einen Vorteil von dem Zolle haben.

Die schwedische Konkurrenz führt ihre Steine auf allen Flüssen und Kanälen in des Innere Deutschlands — bei Wiesbaden bis Scharstein — und ist selbst nach Umladen und kürzerem Bahntransporte noch in der Lage, die deutsche Konkurrenz selbst bei einem Zoll von 20—40 Pfg. pro 100 Kilo noch bequem schlagen zu können. Wir verweisen hierzu auf die Städte Hildesheim, Gamm i. W., Wiesbaden, Stuttgart.

Ja, wenn die skandinavische Konkurrenz von den Seeplätzen den Schienenweg in das Innere Deutschlands benutzen müßte!

Die Ursache für die billigen Preise der Schweden liegt aber nicht nur in den Frachtabhältnissen, sondern sie werden schon durch die billigen Herstellungskosten bedingt, worüber ich hier nicht nochmals reden will.

Das, was die Kieler Zeitung über die an den Küsten mehr vorkommenden Niederschläge sagt, ist nur begrenzt richtig. In den deutschen Industriezonen werden durch den Verkehr, durch Steigungen usw. noch ganz andre Ansprüche an das Pflaster gestellt. Zudem ist es Tatsache, daß die nordischen Städte trotz der billigen Pflastersteine durchweg kein berühmtes Pflaster haben, die Ursache liegt aber ganz wo anders, als die Kieler Zeitung glaubt.

Für die Chausseen kommt aber doch Granit schon der Qualität wegen kaum in Frage. Da haben wir in Deutsch-

land doch ganz andre Materialien, die trotz des höheren Anschaffungswertes erheblich besser und daher billiger sind. Hochachtungsvoll Moriz Klein.

Soweit Herr Klein.

Zu diesem ganz allgemeinen, durch nichts bewiesenen Artikel sei folgendes bemerkt. Zunächst schon ein Eingeständnis, daß wohl pro 100 Kilogr. nicht 40, sondern vielleicht bloß 20 Pfg. in den autonomen Zollvertrag mit Schweden eingesezt werden. Vorläufig ist das bloß eine reine Kombination. Denn K. hat so wenig eine Ahnung von den einzelnen Sätzen des Tarifs mit Schweden, als wie wir. Allerdings ist die Möglichkeit eines solchen Zollsatzes nicht ausgeschlossen. Hier sei bemerkt, daß die nach Zoll scheidenden Granitindustriellen eigentlich einen Zollsatz von — 60 Pfg. pro 100 Kilogr. Pflastersteine verlangten. Das Unsinntige dieses Verlangens wird schon dadurch bewiesen, daß selbst die zollwucherische, oder besser gesagt die zollwucherische Zolltarifkommission des Reichstags sich bloß auf 40 Pfg. einließ.

Was will es z. B. sagen, wenn in Wiesbaden verfuhrungsweise ein kleiner Prozentsatz erstklassiges schwedisches Pflastersteinmaterial verwendet wird. Vor etlichen Jahren lieferte der Hof-Steinmetzmeister Schilling in Berlin fertige Sandsteinarbeiten von Schlesien nach Stockholm, niemandem wird es aber einfallen, damit behaupten zu wollen, Schilling werde den Stockholmer Steinmetzmeister Konkurrenz bieten. Dieses sind Versuche mit verschiedenen Materialien, die in jeder Stadt gemacht werden. Bei dieser Gelegenheit spricht man, natürlich nach echter Unternehmermanier, von einem Streik der schwedischen Steinmetzen, trotzdem es eine Aussperrung war. — Dieses nur nebenbei.

Nun renommiert Herr Klein mit der Behauptung, ist der Zoll eingeführt, dann erweitern sich die Absatzgebiete und die Eisenbahnen in Deutschland hätten davon auch ihren Profit. Beides trifft nicht zu. Die Absatzgebiete erweitern sich nicht, im Gegenteil, es wird immer mehr das sogenannte Kunstpflaster eingeführt, zum Beispiel wie in Leipzig, trotzdem kaum sechs Stunden von hier die größten Pflastersteingeschäfte Deutschlands sich befinden.

Auf das große Absatzgebiet, dann auf den weiteren Grund, daß die deutschen Bahnen durch den eventuell größeren Steintransport profitieren würden, kommt es Herrn Klein in Wirklichkeit gar nicht an. Bei ihm spielt der Gewinn, natürlich der große Gewinn, die Hauptrolle. Hier müssen wir sein Gedächtnis schärfen, denn in seiner Bergeplückerei weiß K. nicht mehr, was er in Nr. 6 vom 6. Februar 1904, also vor einem Jahre, im Steinarbeiter selbst geschrieben hat: „Nebenfalls (?) würden bei dem Zoll die Pflastersteine besser bezahlt — und es ist immer besser, bei geringem Umsatz einen entsprechenden Nutzen zu haben, als bei großem Umsatz ohne Nutzen zu arbeiten.“

Und wir fügten hinzu: „Das ist gerade, was wir als Arbeiter befürchten und was wir von Anfang an betont haben: Das Absatzgebiet für die deutschen Steinarbeiter wird nicht erweitert, vor allem nicht in dem Maße, wie die ausländischen Pflasterorten (Granit) verdrängt werden, was dieser Herr sogar als wünschenswert hinstellt. Die notwendige Folge ist eine Absatzminderung für die deutschen Produzenten und damit sind die Arbeiter denselben schutzlos preisgegeben. Die Unternehmer dagegen haben nicht den geringsten Schaden, denn was ihnen auf der einen Seite an Absatz abgeht, das holen sie auf der andern Seite durch verstärkte Lohndrückerei wieder heraus.“

Und das, Kollegen, merkt euch wohl, denn die Unternehmer sorgen immer dafür, daß sie ihren Rebbach ins Trockene bringen.“

Ob Tausende von Steinarbeitern der Hartsteinindustrie arbeitslos werden, ist ihm nebensächlich.

Klein denkt für den Pflastersteinzoll Anhänger zu gewinnen, wenn er sagt, in Magdeburg oder Wiesbaden

wird eventuell skandinavisches Material verwendet. Denn er nicht daran, daß die bayrischen Bruchbesitzer ebenfalls viel Pflastersteinmaterial auf dem Wasserwege nach Oesterreich-Ungarn liefern, daß ferner die Odenwälder Granitwerkbesitzer sehr viele Sandsteine nach Holland liefern?

Den Beweis, daß die Löhne beim erhöhten Zoll aufgebessert werden, kann Klein kaum erbringen.

Von Mitteldeutschland nach Hamburg kostet der Kubikmeter Pflastersteine etwa 25 Mk. Bahntransport, also pro Quadratmeter 5 Mk. Glaubt denn jemand, daß die nordischen Städte diese hohen Transportkosten tragen können? Wir können diese Gebiete und Städte niemals mit deutschem Material gewinnen.

Eine Fabel ist es weiter, wenn angedeutet wird, in Schweden seien die Herstellungskosten für Pflastersteine billiger als in Deutschland.

Eine Denkschrift des Steinlegerverbandes.

Der Vorsitzende des Steinlegerverbandes, Genosse Knoll, hat über das Wesen der Tarifverträge im Steinlegergewerbe eine eingehende Denkschrift verfaßt.

In erster Linie soll die Denkschrift die Kommunalbehörden überzeugen, daß die Straßenbauunternehmer verpflichtet werden, mit den Steinlegern überhaupt Tarifverträge abzuschließen. Gerade auf diesem Gebiete hat es genannter Verband schon so weit gebracht, daß mit den organisierten Steinlegern schon 70 solcher Verträge abgeschlossen sind, deren Geltungsbereich sich auf etwa 600—700 Orte erstreckt. Wenn also ein Teil der Unternehmer auf dem bekannnten prohenhaften Standpunkt steht, keine Tarife abzuschließen, so ist durch genannte Ziffern der Beweis erbracht, daß durch eine solche Anschauung nur das Prinzip des „Herr im Hause sein“ gewahrt werden soll.

Aber auch die kommunalen Behörden haben ein großes Interesse daran, daß die Unternehmer gezwungen werden, mit den Steinlegern solche Verträge einzugehen. Die Denkschrift sagt hierzu mit Recht:

Wir sind aber auch der Meinung, daß sich die von uns gewünschten Maßnahmen vom allgemein sozialpolitischen, sowie vom engeren kommunal-sozialpolitischen Standpunkte durchaus rechtfertigen lassen.

Öffentliche Arbeiten sind in erster Linie dazu bestimmt, den erwerbstätigen Mitgliedern des Staats- bzw. Gemeinwesens Arbeit und Verdienst zu gewähren. Die größte und weiteste Schicht derselben sind aber die eigentlichen Arbeiter. Es handelt sich also bei der Ausführung öffentlicher Arbeiten nicht bloß darum, ein momentanes wirtschaftliches Bedürfnis zu befriedigen, es handelt sich zugleich um die Betätigung sozialer Aufgaben und Pflichten. Und der Unternehmer, der die Ausführung dieser Arbeiten übernimmt, übernimmt damit zugleich auch einen Teil der mit der Ausführung dieser Arbeit verknüpften sozialen Aufgaben. Wenn diese unsere Auffassung richtig ist, dann glauben wir auch darin recht zu haben, wenn wir sagen, daß öffentliche Arbeiten nicht in erster Linie dazu da sind, daß sich der einzelne Unternehmer daran nach Möglichkeit bereichert. Und wenn das letztere nicht geschehen soll, dann bleibt der auftraggebende Behörde nichts andres übrig, als dem Unternehmer das zur Pflicht zu machen, was wir von demselben fordern: Sich mit den Arbeitern über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verständigen und zu „vertragen“.

Sehr interessant ist die Abhandlung über die Streik-Klausel. In der Denkschrift heißt es hierzu:

„Also nicht Verhinderung und Milderung der Kalamität, sondern die schwerste Schädigung von Tausenden und Zehntausenden gänzlich unbeteiligter Einwohner; die schwerste Schädigung öffentlicher Interessen und die Unterbindung des Geschäftslebens auf Wochen und Monate — das ist die Wirkung der Streikklausel bei öffentlichen Straßenbauten und Verkehrsanlagen!“

Proletarienkinder.

Seit Jahrzehnten haben Mediziner und Pädagogen an Schulkindern bemerkenswerte Untersuchungen vorgenommen, um die Wachstumsverhältnisse während der Schuljahre festzustellen. Die Untersuchungen haben überraschende Aufschlüsse darüber gegeben, in wie hohem Maße die proletarische Jugend hinsichtlich ihrer körperlichen Entwicklung unter der Ungunst der sozialen Verhältnisse zu leiden hat.

Im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stellte der schwedische Physiologe Axel Key im Auftrage einer Kommission im großen Umfange schulhygienische Untersuchungen an, um die Frage zu klären: ob und in welchem Maße durch geistige Ueberanstrengung der Schüler eine schädliche Einwirkung auf deren physische und psychische Gesundheit ausgeübt werde. In einem umfangreichen Werke von bahnbrechender Bedeutung hat er die Ergebnisse seiner Untersuchungen veröffentlicht. Er behandelt darin u. a. auch die Frage, wie sich das Körperwachstum nach Länge und Gewicht von Kindern armerer Klassen zu dem von Kindern besser sitzierter Eltern während der Zeit des Schulbesuchs verhält. Da führt er wörtlich aus: „Daß die Kinder armerer Klassen in Länge und Gewicht geringer sind, als die gleichaltrigen vermöglicher, ist erwiesen. Auch die dänische Kommission hat solche Resultate erhalten. Es war von Interesse, dieses Verhalten bei uns ebenfalls zu prüfen. . . Die Hauptfrage war, zu sehen, ob die Volksschulkinder kürzer und leichter seien als die gleichaltrigen der höheren Schulen. Dies findet in der Tat statt, sowohl für Länge als Gewicht, sowohl bei Knaben als Mädchen und für alle Lebensjahre. . . Ueberall ist der Unterschied zugunsten der besser sitzierten vorhanden. Das Resultat des Vergleichs ist also im ganzen vollkommen übereinstimmend mit dem an anderen Orten gefundenen und beweist neuerdings in auffallender Weise den großen Einfluß, den die Lebensumstände auf Zunahme und Entwicklung des Kindes ausüben.“ Aus beigegebenen Tabellen sind im einzelnen die Unterschiede in der Körperkonstitution zwischen Bourgeois- und Proletarienkindern klar ersichtlich. Bei den Knaben betrug der Längenunterschied vom 8. bis 10. Lebensjahre bis zu 6 Zentimeter, vom 11. bis 15. Jahre bis zu 5 Zentimeter, bei den Mädchen bis zu 3 Zentimeter. Der Gewichtsunterschied belief sich bei den Knaben vom 8. bis 10. Jahre bis zu 3 Kilogramm, vom 11. bis 15. Jahre bis zu 5 Kilogramm, bei den Mädchen bis zu 3 Kilogramm.

Die Konstatierungen Axel Keys erregten großes Aufsehen, obwohl sie eigentlich nicht viel Neues, wenigstens nicht auf dem in Rede stehenden Gebiete, enthielten. Key selbst hatte sich ja auf Untersuchungen älteren Datums berufen. In der Tat hatte bereits mehrere Jahrzehnte vor ihm der belgische Statistiker Quelet ähnliche Untersuchungen angestellt, weiter hatte 1877 Botschitz in Boston 24000 Kinder mit Unterscheidung der Nationalität und des Standes der Eltern gemessen und gemogen,

um dieselbe Zeit hatte in England Ch. Roberts an 22000 Erwachsenen und Knaben und zwei Jahre später in Italien Pagliani an 2000 Personen im Alter von 3 bis 19 Jahren eingehende und sorgfältige Messungen unter Berücksichtigung der sozialen Bedingungen, unter denen die betreffenden Personen lebten, vorgenommen. Auch ein Deutscher, Kotelmann in Hamburg, war Axel Key vorangegangen. Größer aber als die Zahl von Keys Vorgängern war die Zahl seiner Nachfolger: Wilhelm-Christmann in Zentral-Rußland, Kosmowski in Warschau, Landsberger in Posen, Carstädt in Breslau, Schmidt in Saalfeld, Schmid-Wonnard in Halle usw. Alle Beobachter, vom ersten bis zum letzten stimmen darin überein, daß ein zuweilen recht beträchtlicher Unterschied in der Körperentwicklung zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerung besteht.

Im Jahre 1886 nahmen Medizinalrat Dr. Geisler und Kand. Mühsch im Schulinspektionsbezirk Freiberg umfangreiche Messungen der Größenverhältnisse der Schulkinder vor. In dem hierüber erstatteten Bericht (Zeitschrift des kgl. sächs. Stat.-Bureaus, Jahrg. 34) findet sich eine Tabelle: Zahl und Größe der Kinder aus dem Bergmannsstande und der Bürgerhäuser Freibergs nach den einzelnen Altersgruppen, aus der ersichtlich ist, daß die armen Bergmannskinder durchgängig mangelhafter entwickelt waren als die Kinder des besser sitzierten Bürgertums. Die Knaben der ersteren Gruppe waren im 10. Jahre durchschnittlich 5,1 Zentimeter, im 14. Jahre 4,7 Zentimeter, in den anderen Jahren mindestens 2,3 Zentimeter kleiner als die der letzteren, ebenso die Mädchen bis zu 5,1 Zentimeter kleiner als die Mädchen der Bürger. Der Bericht sagt darüber: „Es dürfte zu ersehen sein, welchen Einfluß die Lebensverhältnisse, in denen die Kinder aufwachsen, auf die Entwicklung des Körpers auszuüben imstande sind. Die Kinder aus dem Bergmannsstande sind durchweg kleiner als die der Bürgerhäuser besuchenden Kinder, sie zeigen selbst geringere Maße, als sie für die Gesamtheit der gemessenen Kinder gefunden wurden, während die Kinder aus den Bürgerhäusern weit über dem allgemeinen Durchschnitt stehen. Es bestätigt sich auch hier wieder die Aeußerung des französischen Statistikers und Arztes Billermé, daß nämlich der Mensch um so größer wird und sein Wachstum um so schneller seine Vollendung erreicht, je reicher unter übrigens gleichen Umständen das Land, je allgemeiner der Wohlstand ist, je besser die Kleidung, die Wohnung, besonders aber die Nahrung und je geringer die Not, die Anstrengungen, die Entbehrungen sind, die man in der Kindheit und in der Jugend erfährt.“

In jüngster Zeit hat einen sehr wertvollen Beitrag zur Frage der Schülermessungen der Dresdner Lehrer Graupner geliefert, der über die Ergebnisse seiner Arbeiten auf diesem Gebiete anlässlich der Tagung des Kongresses für Schulhygiene in Nürnberg 1904 Bericht erstattete. Danach besuchten in Dresden 13000 wohlhabende Kinder die Bürger- und 44000 minderbemittelte die Volksschulen. Die durchschnittliche Größe ist für

das erste Schuljahr: in der Bürgerschule, Knaben 117,4, Mädchen 116,2 Zentimeter, in der Volksschule Knaben 112,7, Mädchen 112,3 Zentimeter; im achten Schuljahr: in der Bürgerschule, Knaben 150, Mädchen 153,7 Zentimeter, in der Volksschule, Knaben 147, Mädchen 150,5 Zentimeter. Im allgemeinen sind die Bürgerschüler den Volksschülern um ein Jahreswachstum voraus, handelt es sich um Stadtteile von großen sozialen Unterschieden, so beträgt der Vorsprung gar zwei Jahreswachstums. Die Volksschüler erreichen erst im dritten Schuljahr die Größe, die die Bürgerschüler beim Eintritt in die Schule hatten. Damit ist der Parallelismus von sozialer Lage und Körperentwicklung der Kinder auch bei dieser Untersuchung unanfechtbar nachgewiesen.

Nun noch eine Publikation über die Entwicklungs- und Wachstumsverhältnisse bei Berliner Schulkindern. Dr. Nieß hat darüber eine sehr gründliche, beachtenswerte Arbeit veröffentlicht (Archiv für Anthropologie Bd. 29 I, Braunschweig, Verlag von Vieweg u. Sohn). Er untersuchte 5134 Kinder vom vollendeten 6. bis zum 14. bzw. 19. Lebensjahre, die sich aus drei Gymnasien, vier Gemeindefschulen und einer höheren Mädchenschule rekrutierten, und zwar beschränkte er sich nicht auf die Bestimmung der Länge und des Gewichts, sondern stellte auch — als etwas Neues — genaue Messungen des Brustumfanges der Kinder an. Da er sich auf Grund eingehenden Studiums der einschlägigen Literatur über die Vergleichbarkeit der Befunde bei bürgerlichen und proletarischen Kindern von vornherein klar war, berechnete er die von Kindern wohlhabender Eltern herrührenden Untersuchungsergebnisse gesondert von denen ärmerer Kinder. Vergleiche der Ergebnisse lassen auf den ersten Blick große Unterschiede in der Körperentwicklung zugunsten der Kinder besser sitzierter erkennen. Knaben und Mädchen der höheren Schulen sind durchschnittlich um 5 bis 6 Zentimeter größer und 3 bis 5 Kilogramm schwerer als ihre Altersgenossen in den Gemeindefschulen. In einzelnen Fällen beträgt, wie die beigegebenen Tabellen zeigen, der Längenunterschied bei den Knaben bis zu 9,4 Zentimeter, bei den Mädchen bis zu 7,1 Zentimeter. „Die Kinder der wohlhabenderen Kreise sind ungleichmäßig schwerer als die der ärmeren; zweifellos infolge besserer Ernährung, die sich in höheren Maximalzahlen zu erkennen gibt. Es ergibt sich, daß die Kinder wohlhabenderer Eltern sich mehr durch das Gewicht auszeichnen, die Kinder der ärmeren Eltern dagegen durch eine geringere Länge sich bemerkbar machen.“ Bezüglich der Brustmessungen stellt sich heraus, daß der mittlere Brustumfang bei Kindern ärmerer Klassen absolut um etwa 3 Zentimeter enger ist. Auch in dem Verhältnis zwischen Gewicht und Länge spricht sich deutlich die Verzögerung in der Entwicklung ärmerer Kinder aus; es ist, als ob ihre Zahlenkolonne (in der Statistik) um ein Jahr nach abwärts verschoben wäre.“ Auch hier findet sich somit die Wahrnehmung bestätigt, daß die Armen den Reichen um ein Jahreswachstum nachstehen. O. R.

Was man sich und was die Bestürmter der Streit-
Kampfe von der Wirkung derselben auf das Verhalten der
Arbeiterchaft verprechen, das trifft dagegen nicht zu. Die
Arbeiterchaft hat den durch die Streiklausel geschaffenen
Verhältnissen längst Rechnung zu tragen gelernt — und
richtet ihre tatsächlichen Maßnahmen danach ein. So hat das
Vorhandensein der Streiklausel oder das
Zugeständnis dieser ähnlichen Konzeptionen an die Unter-
nehmer es nicht zu hindern vermocht, daß in Stettin ein
Steinfeserstreik in den Jahren 1893/94 volle dreizehn
Monate dauerte; daß ein Streik der Hamburger Stein-
feger 1896/97 sich elf Monate hinzog; daß zwei Streiks
in Leipzig vier Monate bzw. zwölf Wochen dauerten; daß
der Halleische Steinfeserstreik 40 Wochen anhielt; daß ein
Steinfeserstreik in Sorau 14 Monate hindurch geführt
wurde — daß ein zweiter Streik in Stettin fünf Monate
dauerte — und was die Hauptsache: daß, mit einer ein-
zigen Ausnahme des Sorauer Streiks, alle diese Streiks
der Arbeiterchaft den gewünschten materiellen Erfolg ganz
oder teilweise brachten.

Hier hat also die Streiklausel völlig versagt. Der
Kampf gegen die Streiklausel richtet sich am letzten Ende
aber auch gegen diejenigen, welche dieselbe anwenden —
das sind die Behörden. Ein Mißerfolg der Streiklausel
ist zugleich ein Mißerfolg der Behörde, die dieselbe zu-
gesteht.

Freilich ist ein solcher Mißerfolg nicht materieller Natur;
aber auch eine moralische Niederlage trägt sicher nicht dazu
bei, das Ansehen einer Behörde zu erhöhen, zumal die
Arbeiterchaft jederzeit in der Lage ist, die materielle und
volkswirtschaftliche Berechtigung ihrer Lohn- und sonstigen
Forderungen einwandfrei begründen zu können. Den
größten materiellen Schaden bei derartigen Kämpfen, ganz
gleich, welchen Ausgang dieselben nehmen, haben aber, wie
schon dargelegt, zahlreiche unbeteiligte und unschuldige
Dritte, hat das Publikum.

Diese Auseinandersetzung wird zweifellos dazu bei-
tragen, daß die kommunalen Baubehörden bedeutend vor-
sichtiger mit der Aufnahme der Streiklausel in die Bau-
verträge sein müssen.

Wir hoffen, daß diese Schrift ihren berechtigten Zweck
auch erreichen möge; andererseits zeigt aber auch dieses Vor-
gehen der Leitung des Steinfeserverbands, daß sie außer-
ordentlich stark bemüht ist, den auf der vorjährigen Gene-
ralversammlung zu Braunschweig gefaßten Beschluß:
„Schaffung eines deutschen Steinfesertarifs“, durch-
zuführen. Möge es dem Verbands auch glücken.

Eine immer wiederkehrende Erscheinung.

Bekanntlich nützen die Unternehmer hauptsächlich die
Wintermonate dazu aus, gestützt auf die flauere Geschäfts-
situation, in ihren Betrieben Lohnreduzierungen vor-
zunehmen. Die Arbeiter sind gezwungen, teils der Not
gehobend, teils dem Aussehen aufs Straßenpflaster vor-
zugehen, dieses Vorgehen willenlos über sich ergehen zu
lassen. Wehe dem, der sich dessen nicht fügt, oder sich etwa
mit der Förderung gewerkschaftlicher Bewegungen bemer-
ken macht. In Orten, wo alle Kollegen organisiert sind,
ist diesem Treiben schon eine gewisse Grenze gezogen. Da-
gegen in finsternen Gegenden können die Unternehmer schal-
ten und walten, wie es ihnen gefällt. Besonders, wenn
es gilt, einer noch jungen, im Entstehen begriffenen Or-
ganisation einen Einhalt zu bieten. Dies kann man jetzt
deutlich in Prohl a. Rh. beobachten. Die vorigen Herbst
auf Veranlassung fremder Kollegen gegründete Zahlstelle
gehört anfangs ganz gut und hatte schon einen erheblichen
Mitgliederstand zu verzeichnen. Allein der dortigen
Firma (Westdeutsche Eisenbahngesellschaft) war diese
Gründung ein Dorn im Auge. Durch verschiedene Anker-
ungen, sowie Androhung betr. Lösung des Arbeitsverhält-
nisses, ließen sich leider viele beeinflussen. Verschiedene
Elemente versuchten, um ihren Vorteil daraus zu ziehen,
der noch jungen Organisation einen Damm entgegenzu-
setzen. Alle Versuche, selbige zu erhalten, blieben erfolg-
los. Kein Wunder daher, daß die Mitgliederzahl rapid
im Sinken begriffen war. Diese Wahrnehmung nützte daher
die Firma in frivoler Weise aus, indem sie durch allerlei
Maßnahmen den paar Mann noch dazu verhelfen wollte,
dem Verband den Rücken zu kehren. Selbige werden auf
das äußerste gezwungen, um selbst zu gehen. Während
bei den indifferenten Arbeitern die Arbeit nicht nachgesehen
wird, hebt sich auf der andern Seite der Unterschied desto
größer hervor, zumal beide Parteien in einer Werkstatt
arbeiten. Die Preise für die Arbeiten (Zuffstein) sind
auch interessant für die Öffentlichkeit. Es wird teils nach
Maß für, teils nach Kubikinhalt der Preis angesetzt. Es ist
keine Seltenheit, daß für Arbeiten pro Kubikmeter 9 Mk.
gezahlt wird. Diese Art Preise spotten jeder Beschreibung.
Nur daß die Westdeutsche Gesellschaft in Unternehmertreuen
infolge ihrer Konkurrenzfähigkeit schon bekannt genug.
Aber auch bei den Steinarbeitern in der Rheinprovinz ist
die Firma sehr gut bekannt. Fremde, hier durchreisende
Kollegen, welche bei dem ersten Anblick schon genug haben,
fragen erst gar nicht nach Arbeit. Am Sonnabend dachte
die Firma den letzten Druck ausüben zu können, indem
sie fast allen organisierten Kollegen wegen angeblichem
Arbeitsmangel Feierabend gab. Die fremden, auf
der Reise befindlichen Kollegen mögen
sich dies zur Warnung dienen lassen und
Prohl so viel als möglich meiden. Die hiesige
Zahlstelle sowie der Empfang von Reiseunterstützung hat
sich demnach vorläufig bis auf weiteres aufgelöst.

Korrespondenzen.

In die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Verammlungs-
Berichte sogenannte Drahtbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden,
mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Anblau (Elsß). Am 5. Februar hielten die Steinarbeiter
von Anblau im Gasthaus zum grünen Wald in Barz eine öffent-
liche Versammlung ab, welche von den italienischen Kollegen
sehr schlecht besucht war. Es ist traurig, daß noch so viele unter
diesen Kollegen sind, die sich so schwer zum Verband bewegen
lassen. Trotzdem die Kollegen einer Aufklärung sehr beherztig
wären, war kein Referent erschienen. Zum 1. Punkt ermahnte
der Vorsitzende, daß ein jeder seine Pflicht mehr erfülle, damit
etwas mehr Ordnung in die hiesigen Steinbruchverhältnisse
komme. Darauf ergriff Kollege Weisinger das Wort und legte
es jedem Kollegen vor, daß es mit der Bucherei allein nicht
abgesehen sein und daß die Lohnverhältnisse hier noch schlechter
sind, als im Schwarzwald. Die Gemeinheitsmitglieder müssen es
sich zur Aufgabe machen, nach und nach die fernstehenden eben-

falls zum Verbands zu gewinnen, den Verband der Stein-
arbeiter zu stärken, muß unsre Parole sein. Die Gauleitung
in Straßburg wird uns wohl in dieser Hinsicht möglichst unter-
stützen. Insbesondere wurde den Anwesenden empfohlen, ja
den Steinarbeiter recht eingehend zu studieren, damit jeder
einzelne immer mehr Wissen sammelt und so von dem Werte
des Verbandes am ehesten überzeugt werden kann. Für den
Besuch der nächsten Versammlung wird um zahlreiches Er-
scheinen gebeten.

Elberfeld. In einer leider sehr schlecht besuchten Mitglieder-
Versammlung wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen.
Zum Kassenbestand von 165.97 Mark kam noch eine Einnahme
von 121.70 Mark hinzu; dem steht eine Ausgabe von 224.83
Mark gegenüber, mithin beträgt der Kassenbestand 62.84 Mark.
Die Kasse wurde revidiert und dem Kassierer wurde, da alles in
Ordnung war, Decharge erteilt. Zum 2. Punkt: Festsetzung der
dem Vorsitzenden und dem Kassierer zustehenden Prozente, wer-
den die dem Vorstände zustehenden 5 Prozent der Jahresbeiträge,
welche 25.28 Mark für 1264 Beiträge pro 1904 ausmachen,
folgendermaßen verteilt: Dem Kassierer 3 Prozent dem Vor-
sitzenden 2 Prozent; diese Normen bleiben für die nächste Zeit
als festgesetzt. Punkt 3: Entsendung der Delegierten zur Gau-
konferenz. Zu dieser wurde Kollege Karl Werner gewählt.
Auch wurde gewünscht, daß Kollege F. Theis aus Dieringhausen
als Delegierter dort erscheinen möge. Für die Bergarbeiter
truden 5 Mark aus der örtlichen Kasse bewilligt mit dem
Wunsche, daß auch bald die Zentralleitung der Steinarbeiter
ebenfalls wie die andern Gewerkschaften einen namhaften Bei-
trag zeighe. (Unser Verband bewilligte schon am 18. Januar
1000 Mark. Die Redaktion.) Aus der Unterstützungsliste
wurden noch einem kranken invalidenberechtigten Steinmehrer
5 Mark bewilligt. Möchte es doch bald anders werden. Die
Steinarbeiter Elberfelds und Barnens haben wirklich noch zu
rofige Zeiten, da noch die Hälfte im Winterschlaf liegt und die
Kassanien genießt, die die Organisation ihnen bisher aus dem
Feuer geholt hat. Kollegen des Buppertals, beherzigt doch die
Worte unseres großen Karl Marx: Arbeiter aller Länder, ver-
einigt Euch! und tretet ein in die Organisation; laßt Euch nicht
durch persönlichen Haß das Werk der Gesamtheit zerfallen, son-
dern helft mit, jeder nach seinem Teile. Vereint sind wir
nichts, vereint sind wir stark.

Heppenheim. Am Sonntag, den 5. Februar, fand im Gast-
haus zur Bergstraße die Monatsversammlung statt. Zu Punkt 1
wurden vier Mann ausgenommen. In der Zeit vom 5. Februar
bis Mitte März muß eine öffentliche Versammlung stattfinden.
Es soll durch eine starke Agitation für einen massenhaften Ver-
sammlungsbesuch Sorge getragen werden. Gerade jetzt, wo die
Konjunktur eine sehr gute ist, muß alles daran gesetzt werden,
unsern Verband zu stärken. Die Kollegen müssen stets einge-
dent sein, daß nur durch geschlossenes Vorgehen etwas zu erreichen
ist. Die Zahlstelle Heppenheim wählte zur Konferenz nach Lud-
wigshafen einen Delegierten mit teilweise gebundenem Mandat.
(Wie man heute Delegierte zu irgendeiner Konferenz mit ge-
bundenem Mandat noch senden kann, ist uns unbegreiflich. Die
Redaktion.) Kollege Franz Hildebrandt wurde als Revisor für
den vertriehenen Kollegen Martin Rudolph gewählt.

Mühlhausen i. Th. Am 7. Februar hielten wir im Ge-
werkschaftshaus unsere Monatsversammlung ab. Kollege Düring
erstattete den Kartellbericht. Zum 2. Punkt: Beitragsleistung,
kam ein Antrag, eine prozentuale Steuer einzuführen, zur
Sprache. Derselbe wurde abgelehnt. Sodann wurde eine Pro-
schüre über die Notwendigkeit der Stenographie verlesen. Der
Arbeiter-Stenographenverein hat an die organisierte Arbeiter-
schaft Mühlhausens einen Aufruf erlassen, worin dieselbe zur
Teilnahme an dem bald beginnenden Lehrkursus auffordert.
Die Stenographie hat in den letzten Jahren für die allgemeine
Bildung des Volkes eine große Bedeutung erlangt. Die Ge-
werkschaften machen es sich zur Pflicht, ihren Mitgliedern Auf-
klärung über diese so wichtige Sache zu verschaffen. Der Ver-
ein ladet die Kollegen zu einem unentgeltlichen Lehrkursus ein
und stellt den Preis für Lehr- und Hilfsmittel für eine Person
auf 1.25 Mark fest. Zahlreiche Mitglieder meldeten sich dann
zur Teilnahme an dem Kursus an. Im Verhiebene gab der
Vorsitzende bekannt, daß bis jetzt auf Sammellisten 52.50 Mark
für die im Streit gewesenen Bergarbeiter eingegangen sind
und ermahnt die Kollegen, dieselben auch weiterhin tatkräftig zu
unterstützen. Sodann wurde die Sache von zwei Kollegen, die
etliche Wochen in einem andern Berufe gearbeitet hatten, ge-
regelt. Ein Antrag des Vorstandes, den Steinbildhauer zu
beziehen, um uns über unlautere Arbeitsangebote zu infor-
mieren, wurde einstimmig angenommen.

Osnabrück. Am 5. Februar fand eine öffentliche Stein-
arbeiterversammlung statt. Wegen Kündigung der beiden Kol-
legen S. Mahsen und S. Schulze wurde beschlossen, daß die
Sache, als Maßregelung der Zentralleitung unterbreitet werden
sollte. Unter Platzangelegenheiten wurde einstimmig beschlossen,
den Zugang nach Osnabrück und Umgegend fernzuhalten. Gegen
Dochert, wegen Unterschlagung der Ortskasse, wurde einstimmig
beschlossen, Dochert der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu brin-
gen. Als Kommissionsmitglieder wurden Storf und Schulze
gewählt, die die Sache nun durchgehen sollen, weil auf gültigem
Wege nichts anzufangen war. Ebenfalls wurden die Sammel-
listen ausgegeben, worin die Lohnverhältnisse eingetragen wer-
den sollen. Als Platzkassierer und Revisoren wurden die Kol-
legen Brüning und Sauerborn gewählt.

Riesa. Am 8. Februar tagte im Bergeller-Restaurant unsere
Monatsversammlung. Im ersten Punkt wurde vom Delegierten
des Gewerkschaftskartells anregt, die Beiträge ans Kartell zu
erhöhen. Das wurde einstimmig beschlossen. Ueber die Prozen-
tualsteuer entspann sich eine rege Debatte, da infolge des jetzigen
geringen Verdienstes der Marktwert nach Abzug der am Orte
bestehenden Krankenunterstützungskasse nicht erreicht wird. Um
die Bilanz herzustellen, wurde beschlossen, die zwei Prozent
weiter zu steuern und für die Krankenunterstützungskasse
wöchentlich 10 Pfg. pro Mitglied extra zu entrichten. Die Kran-
kenunterstützungseinrichtung wurde einer derben Kritik unter-
zogen, um lediglich gleiche Bezugsberechtigung herzustellen. Die
Versammlung wurde dahin schlüssig, daß das zurzeit bestehende
Auszahlungssystem beibehalten wird. Für die Bergarbeiter im
Ruhrgebiete gingen bis jetzt an das Gewerkschaftskartell 253.10
Mark von den hiesigen Gewerkschaften durch Sammellisten ein.

Rothenburg a. E. Sonnabend, den 4. Februar, fand im
Gasthaus zum wilden Mann eine von sämtlichen Kol-
legen des Geadtischen Werklages besuchte Steinarbeiterver-
sammlung statt. Von den Kollegen wurde das Benehmen des
Herrn Geadt in schärfster Weise kritisiert, was auch vollauf be-
rechtigt war. Schon seit November v. J. war großer Arbeits-
mangel vorhanden; trotzdem nahm Herr Geadt
keine Rücksicht auf die bereits Beschäftigten, sondern stellte
noch weitere Kollegen unter Versprechungen verschiedener Art
ein, indem er ihnen hauptsächlich Winterarbeit zusagte. Die
am 4. Februar im Gasthaus zum wilden Mann versammelten
Steinarbeiter des Geadtischen Werklages haben folgende Reso-
lution einstimmig angenommen: 1. In Erwägung, daß gegen-
wärtig großer Mangel an Arbeit, sowie an Material herrscht,
2. in Erwägung, daß die wenige vorhandene Arbeit einem aus-
wärtigen Unternehmer übertragen werden soll und 3. in Er-
wägung, daß der lange Verdienst kaum zur Unterhaltung der
verheirateten Kollegen nebst ihren Familien nur unter der
äußersten Einschränkung reicht, so sehen sich die ledigen Kol-
legen genötigt, falls die betreffende Arbeit nicht am Platze ge-
fertigt wird, oder sie nicht zur Gewinnung den Vorrat von Roh-
material zu vergrößern, beschäftigt werden, im Interesse ihrer
Mit Kollegen die Arbeit aufzugeben. — Ferner wurde beschlossen,
nächsten Montag das Bundesrecht anzupprechen und Geadt ge-
nannte Resolution zu unterbreiten. Beant nur die Kollegen

glaubten, Herr Geadt würde ihren Forderungen entsprechen,
so haben sie sich schwer getäuscht. Nach ehe die Resolution ber-
aten war, gebrauchte Herr Geadt die Aeußerung: „Der Platz
ist zu überfüllt, ich muß die Hälfte der Kollegen entlassen.“ Daß
Herr Geadt überrascht war, geht aus dem Grunde hervor, daß,
nachdem die ledigen Kollegen gemäß der Resolution die Arbeit
niederlegten, Herr Geadt die verheirateten Kollegen ersuchte,
die ledigen Kollegen von ihrem Standpunkte abzubringen und
noch einmal acht Tage zuzuschauen. Dieser Hoffnung braucht
sich Herr Geadt nicht hinzugeben. Kollegen! Diesen Platz
weiter zu schildern, halten wir kaum für notwendig, wir richten
an Euch nur die Bitte: Meide jeder diesen Platz, bis geordnete
Verhältnisse eingetreten sind.

Soziales.

Die ortsüblichen Tagelöhne. Wenn auch die orts-
üblichen Tagelöhne gemäß § 8 des Krankenversicherungs-
gesetzes von den Regierungen unter Anhörnung der Ge-
meinden, Gemeindegewerkschaften, Krankenkassen usw. für die un-
gelernten Arbeiter festgesetzt werden, so kann auch der ge-
lernte Arbeiter Gelegenheit genug haben, mit diesen Sätzen
in Verührung zu kommen.

Unsere Industrie siebelt sich gerne auf dem Lande an,
wo billigeres Terrain, billige Arbeitskräfte noch zu finden
sind. Die Gemeindefrankenkassen rechnen aber nicht mit
dem wirklichen Lohne des Arbeiters, sondern nur mit dem
ortsüblichen Tagelohn und gewähren die Hälfte dieses
Tagelohns nur an Krankengeld. Auch bei der Unfall- und
Invalidenversicherung spielt der ortsübliche Tagelohn eine
Rolle. Verunglückt ein Lehrling, so wird ihm die Rente,
die bei schweren Verletzungen oft als Lebensrente gilt, nach
dem ortsüblichen Tagelohn berechnet. Ist der ortsübliche
Tagelohn sehr niedrig, so muß dieser arme Verletzte sein
Leben lang mit der fargen Rente zufrieden sein, wenn er
auch Aussicht hatte, als Geselle einstmals 4—5 Mk. pro
Tag zu verdienen. Wird der verheiratete Arbeiter zu einer
Militärübung auf 14 Tage oder 6 Wochen einberufen, so
erhält seine Familie nach dem ortsüblichen Tagelohn ihre
Unterstützung für diese Zeit usw. Der gelernte Arbeiter
hat also auch ein großes Interesse daran, daß der orts-
übliche Tagelohn den Verhältnissen entsprechend erhöht
wird. Nur in einem Falle kann ihm ein hoher ortsüblicher
Tagelohn gefährlich werden, beim Kontraktbruch. Verläßt
der Arbeiter seine Stelle, ohne ordnungsgemäß gekündigt
zu haben, so kann der Unternehmer als Strafe sechsmal
den ortsüblichen Tagelohn von ihm verlangen.

Wie verschieden in Deutschland nun die ortsüblichen
Tagelöhne festgesetzt sind, ergibt sich, wenn man die Ta-
belle mit den einzelnen Landesteilen vergleicht. In
Preußen hat den niedrigsten Satz mit 1.10 Mk. für die er-
wachsenen männlichen Arbeiter, 0.75 Mk. für die Frauen
und 0.60 und 0.50 Mk. für jugendliche Arbeiter der Kreis
Briesen im Regierungsbezirk Marienwerder! Am aller-
niedrigsten ist der Satz in Schlesien und zwar in Goll-
berg, Haynau und Jassenberg mit gar nur 1 Mk. für die
erwachsenen männlichen Arbeiter. Anzsburg, Gendeburg
usw. im Regierungsbezirk Gumbinnen haben den Satz von
1.20 Mk. Nehmlich liegen auch die Verhältnisse in Bayern.
Erfrankt nun ein Steinmehrer als Mitglied der Gemein-
defrankenkasse in Gollberg, so wird er pro Tag die Hälfte
von einer Mark, gleich 50 Pfg. Krankengeld, gleich 3 Mk.
pro Woche erhalten, wenn er auch 20—22 Mk. pro Woche
verdient hatte. Die Familie des Landwehmanns erhält
bei der Waffenerübung des Ernährers 60 Proz. des orts-
üblichen Tagelohns pro Tag an Unterstützung von der Ge-
meinde ausbezahlt, folglich würden die Arbeiterfamilien in
Gendeburg 72 Pfg. pro Tag erhalten.

Etwas besser ist es infolge dem Drängen der Arbeiter
in den Krankenkassen in den Großstädten geworden. Troz-
dem sind die Sätze auch da noch sehr verschieden. Den höch-
sten ortsüblichen Tagelohn in Deutschland hat Bremer-
haben mit 3.60 Mk., dann folgt Bremen mit 3.50, Frank-
furt a. M. mit 3.10, Hamburg mit 3.—, Berlin mit 2.90,
München mit 3.—, Breslau mit 2.40, Dresden mit 2.80,
Leipzig mit 3.—, Lübeck mit 2.90 Mk. Sind die Lebens-
verhältnisse in Bremerhaven viel teurer als in Berlin,
Frankfurt a. M. oder Breslau? Sicher nicht. Es gilt
daher, sich um die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns
mehr zu bekümmern.

Noch übler ist natürlich der Kleinbauer und landwirt-
schaftliche Arbeiter in diesem Punkte daran. Für die Be-
rechnung der Unfallrente legt man seitens der landwirt-
schaftlichen Berufsgenossenschaften einen ebenfalls von den
Regierungen fixierten Jahresarbeitsverdienst zugrunde.
In einem Teile des Regierungsbezirks Gumbinnen be-
trägt der festgesetzte Jahresverdienst 360 Mk., im bayrischen
Bezirksamt Ebern gar nur 305 Mk.!! Verunglückt nun
ein Kleinbauer und Knecht im Gumbinner Kreise, so erhält
er an Vollrente 240 Mk. im Jahre oder 20 Mk. im Monat!
Für eine verlorene Hand, die mit 50—60 Proz. Rente be-
wertet, würde der Verletzte 10—12 Mk. im Monat, für
einen verlorenen Finger mit 10 Proz. gar nur 2 Mk., im
Bezirk Ebern 1.95 Mk. im ganzen Monat Rente erhalten!
Vergleichen man die Renten der Bauern mit denen der
Fabrikarbeiter, so merkt man am deutlichsten den Unter-
schied. Ist z. B. der Vater Bauer, so erhält er für die ver-
lorene Hand 10 Mk. Rente pro Monat, wenn der Jahres-
verdienst nur mit 360 Mk. angenommen war. Sein Sohn,
der in der Fabrik als Tagelöhner nun z. B. 1200 Mk. pro
Jahr verdiente, erhält für seine durch Unfall verlorene
Hand 33.30 Mk. pro Monat, also mehr als dreimal so viel
Rente, wie der viel ältere Vater!

Rundschau.

Für treu geleistete Dienste. In den bei Wurzen ge-
legenen Pflastersteinbrüchen der Firma Friedrich Bach-
mann in Leipzig sind 50 Arbeiter vorhanden, von denen
jeder über 30 Jahre ununterbrochen in den Diensten dieser
Firma gestanden hat. Jeder dieser Arbeitsveteranen hat
jetzt das Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit erhalten
und aus der Friedrich Bachmannschen Arbeiterstiftung den
Betrag von 100 Mk. Es dürfte selten vorkommen, daß in
ein und demselben Betriebe so viel langjährig beschäftigte
Arbeiter vorhanden sind. — So zu lesen in den Dresdner
Nachrichten. Wie es sich mit diesen Arbeiterstiftungen ver-
hält, wenn nach einer 20 oder 30jährigen Arbeitsdauer bei
ein und demselben Unternehmer dem Arbeiter einige Mark
als Gratifikation gewährt werden, ist ja hinreichend be-
kannt. Niemand denkt daran, daß die Unternehmer aus
purer Menschlichkeit solche Beträge auswerfen.

Die Arbeiter haben vielleicht schon zu oft in diesen Tagen sich diese Summe vom Robbe im Laufe des langen Arbeitsverhältnisses abziehen lassen müssen. Speziell im Ruhrgebiet ist es üblich, daß ein Steinarbeiter seine Arbeitsstelle trotz der niedrigen Entlohnung nicht leicht wechseln kann, weil die Herren Unternehmer niemanden innerhalb einer bestimmten Zeit einstellen, wenn er zuvor im Distrikt bei einem Unternehmer beschäftigt war. Die Arbeiter sind förmlich gezwungen — denn eine Organisation ist ihnen fremd — alles hinzunehmen, was der Unternehmer ihnen bietet. Wer es wagt, den Mund aufzutun, wird entlassen, geschickt dieses nicht, so wird ihm schon beigebracht werden, daß der Arbeiter selbst seine Kündigung einreicht. Tut er dieses, dann ist er sicher, daß im ganzen Distrikt für ihn keine Arbeit vorhanden ist. So arbeitsfreundlich sind die Herren Steinindustriellen im Ruhrgebiet.

Wir hatten selbst schon Gelegenheit, mit solchen Steinarbeitern, die die Gratifikation von 100 Mk. erhielten, zu sprechen, und die nur bestätigten, was wir angedeutet haben. Würde man den Steinarbeitern dieses Gebiets an Stelle der Belohnung von 100 Mk. nach 30 Jahren geleisteter Arbeit die Sämiedeschärfe freigeben, so würde das den Arbeitern eher imponieren. Die Kollegen haben für die von Herrn Bachmann zum Ausdruck gebrachte Humanität keine allzugroße Bewunderung. Auf den einzelnen Arbeiter trifft dann alljährlich, vorausgesetzt, daß er drei Jahrzehnte im Dienste des Kapitalismus fronden kann, die respektable Summe von sage und schreibe = 3.30 Mk., macht pro Arbeitstag etwas über einen Pfennig. Was würde ein Unternehmer wohl sagen, wenn ihm zugemutet würde, er dürfte an Unternehmergewinn pro Arbeiter und pro Tag bloß einen Pfennig nehmen? Er würde sich höchstens bedanken und auf die Ehre, Unternehmer zu spielen, verzichten. Wenn aber der Unternehmer ausnahmsweise einzelnen Arbeitern, nachdem sich dieselben vollständig verbraucht haben, mit einigen Mark belohnt, so posant man dieses in die weite Welt hinaus.

Weiter glauben wir, daß die mit dem Ehrenzeichen für treu geleistete Dienste geschmückten Kollegen von demselben auch nicht leben können, das Ehrenzeichen also ohne jeden Wert für sie ist. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter kann durch solche Pfälsterchen nicht mehr aufrecht erhalten werden.

10 Prozent Dividende verteilt für das verflossene Jahr die Bayerische Hartsteinindustrie-Aktiengesellschaft in Würzburg. Trotzdem die Abschreibungen größer sind als im Jahre 1903, konnten wieder 10 Prozent Dividende verteilt werden. Die Anhänger des Pfälstersteingolles sprechen aber immer von der notleidenden Steinindustrie.

Wie wir dem Steinbildhauer entnehmen, ist die Oberrheinische Hartsteinindustrie-Aktiengesellschaft momentan mit Aufträgen sehr überhäuft. Mögen das die dort beschäftigten Steinarbeiter auch genügend wahrnehmen.

In den Kantonen Uri und Tessin (Schweiz) wurde die Aktiengesellschaft Schweizerischer Granitwerke gegründet, und zwar mit einem Grundkapital von 2500 000 Frank. Man rechnet, daß jährlich mindestens 30 000 Kubikmeter an Gouffinen produziert werden; denn schon die Privatunternehmer lieferten in den Jahren 1899—1903 durchschnittlich dieses Quantum. Nun sind diese zum größten Teile ausgelastet. Die Betriebe gingen in obige Aktiengesellschaft über, und man rechnet in den beteiligten Kreisen auf eine große, natürlich sehr rentable Ausbeutung derselben. Wir sehen auch in der Schweiz, daß die Konzentration des Kapitals in der Granitindustrie ungeahnt vorwärts schreitet. Daß die Aktionäre sich aus diesem Unternehmen einen sehr großen Gewinn versprechen, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, indem die Subskription für das Aktien- und Obligationenkapital sehr stark überzeichnet wurde.

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker beruft die nächste Generalversammlung auf den 3. April und die folgenden Tage nach Hamburg ein.

Die Unfallversicherung im Jahre 1903. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften bestanden im Jahre 1903 zur Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 Versicherungsanstalten, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 198 staatliche und 289 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden. Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfaßten 349 Sektionen und 608 955 Betriebe mit 7 466 484 durchschnittlich versicherten Personen oder 6 553 514 Kollarbeitern; die 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 583 Sektionen, 4 642 427 Betriebe mit 11 189 071 durchschnittlich versicherten Personen. Von den Reichs-, Staats- sowie Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden werden 800 867 durchschnittlich versicherte Personen oder 601 292 Kollarbeiter nachgewiesen.

Von den 114 Berufsgenossenschaften werden für das Jahr 1903 an Entschädigungen 106,01 Mill. Mark, Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit 655 099,06 Mk., Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen 3,6 Mill. Mark, Kosten des Rechtsganges (Schiedsgerichtskosten usw.) 1,7 Mill. Mark, Kosten der Unfallverhütung 1,01 Mill. Mark, laufende Verwaltungskosten 10,7 Mill. Mark, sonstige Ausgaben 1,05 Mill. Mark, Einlagen in den Reservefonds 15,5 Mill. Mark nachgewiesen, so daß die Gesamtausgabe 140,3 Mill. Mark beträgt, denen als Einnahme 143,04 Mill. Mark gegenüberstehen. Von den Reichs-, Staats- und Kommunal-Ausführungsbehörden sind 9,8 Mill. Mark verausgabt worden, von den Versicherungsanstalten der Bergwerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der See-Berufsgenossenschaft 2,2 Mill. Mark. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeiträge (Renten usw.) beläuft sich im Rechnungsjahre auf 117,3 Mill. Mark gegen 107,4 Mill. Mark im Jahre 1902.

Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1903 (1902) zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich: 1. für den Bereich der Berufsgenossenschaften auf 122 947 (115 178), 2. für den Bereich der Ausführungsbehörden auf 5000 (4723), 3. für den Bereich der Versicherungsanstalten auf 1428 (1383), zusammen auf 129 375 (121 284); darunter: Unfälle mit tödlichem Ausgange 8370 (7975), Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit 1538 (1435). Die Zahl der von

tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Rechnungsjahre die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 587 (16 924), darunter: Witwen (Witwer) 6077 (5440), Kinder, Enkel 12 152 (11 196), Verwandte aufsteigender Linie 358 (288). Die Anzahl sämtlicher im Jahre 1903 (1902) zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt: 1. bei den Berufsgenossenschaften 489 287 (449 098), 2. bei den Ausführungsbehörden 37 960 (36 550), 3. bei den Versicherungsanstalten 3260 (3059), zusammen 530 507 (488 707).

Der beendete Bergarbeiterstreik.

Am 9. Februar beschloß die Siebenerkommission, den Generalstreik zu beenden und gab die Parole aus, die Bergleute sollen am 10. anfahren. Daß von einem Teile diese Parole mit Widerwillen aufgenommen wurde, ist klar, denn es war voranzusehen, daß die propägen Grubenlords mit den gemeinsten Mitteln gegen die Streikenden vorgehen würden, und sie taten es. Nun, die Bergarbeiter sind in diesem Kampfe unterlegen. Hier vollzog sich ein Klassenkampf, wie ihn Marx in seinem Kapital so glänzend geschildert hat.

Eine winzige Minderheit von Monopolisten vermag es, die bescheidensten Forderungen von Hunderttausenden zu zertreten, der gesamten Öffentlichkeit Trost zu bieten, dem mächtigen preussischen Staat bei diesem Riesenkampfe die bekannte aber bescheidene Nachwächterrolle zuzuschreiben, der acht geben muß, daß keine Laternen ausgedreht und keine Fenster Scheiben eingeworfen werden, tagelang, wochenlang deklamiert die bürgerliche Presse über die ersten Grundzüge des Rechtes und der Menschlichkeit, das Ausland nimmt teil am Streik, Symphistreiks entstehen, Gelder fließen ein, jenseits der Atlantik wandern die Listen zugunsten der deutschen Bergarbeiter — die Handvoll Grubenlords aber bleiben unerschütterlich. Ja, welcher besseren Beweis für die Unerträglichkeit des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln verlangt man denn? — Wenn die Besitzer dieses Privateigentums in stände sind, auf die elementarsten Grundsätze von Moral und Gerechtigkeit zu pfeifen, Hunderttausende zu einem dämmernden Sklavenleben zu verurteilen und sie darin zu halten und gleichzeitig der allgemeinen Empörung darüber kaltblütig Trost zu bieten, dann hat sich dieses Privateigentum vor aller Augen als ein Gemein-schädling erwiesen, dessen Beseitigung im Interesse der ungeheuren Mehrheit der Nation liegt. Die Monopolisten haben gesiegt, aber der Grundlage ihrer Herrschaft, dem Monopol, dem Privateigentum an Grund und Boden, haben sie eine unheilbare Wunde geschlagen.

Wesche den Siegern!

Man braucht nur die bürgerliche Presse anzusehen, die trotz ihrer von ihr selbst vielgerühmten Sympathie für die Bergarbeiter das Ende des Streiks mit einem tiefen Aufatmen begrüßt, als wäre ihr ein schwerer Stein vom Herzen gefallen. Noch bekundet sie ihren guten Willen, den sie auch nie zu bekunden aufhören wird, aber je mehr sie den Schrecken aus ihren Gliedern schwinden fühlt, desto bescheidener wird ihre Auffassung dessen sein, was sie die „berechtigten“ Forderungen der Bergarbeiter nennt. Das müßte man nicht hundertmal erlebt haben, wenn man an dieser Entwicklung der Dinge zweifeln wollte. Ganz ähnlich steht es mit der Regierung, die sich übrigens auch, wenn sie sonst will, den Luxus einer außergewöhnlichen Reform-freudigkeit leisten kann, da sie ganz sicher sein darf, von dem preussischen Landtage auf das von Geldsackgnaden erlaubte Maß reduziert zu werden.

Allein trotz alledem bleibt es eine Tatsache von historischer Bedeutung, daß die streikenden Bergarbeiter die herrschenden Klassen gezwungen haben, im Interesse des Proletariats zur Klinte der Gesetzgebung zu greifen. Es ist der einzig sichere Weg, der Macht des Kapitals beizukommen, und die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter können immer nur halbe Arbeit machen, wenn sie sich nicht auf ihre politische Organisation stützen können.

Wir sind begierig, ob die preussische Regierung ihr gepöndeltes Wort, den Bergarbeitern gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen, einlösen kann. Ja, wenn es sich um Sun t e r handeln würde, dann glaubten wir dieser Regierung aufs Wort.

Die Siebener-Kommission erläßt nochmals einen Aufruf um Gewährung von weiteren Mitteln, es heißt da:

Unmittelbar ist der Streik abgebrochen worden, weil trotz großer Opferwilligkeit besonders der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Bürgerschaft lange nicht die Mittel aufgebracht wurden, die nötig sind, um 200 000 Streikende nebst Familien zu unterstützen. Wir konnten das Elend in den Arbeiterfamilien nicht noch größer antworten lassen, zumal wir einsehen, daß nicht rechtzeitig genug Hilfsmittel einliefen. Man kann leicht sagen: es muß weitergestreift werden, aber wenn die Führung einsteht, daß der Hunger doch bald Tausende zur Beche treiben muß, dann ist es Pflicht der Führer, rechtzeitig ein Ende zu machen, so schwer es auch fällt. Und es ist uns allen schwer geworden! Unser gerechter Zorn trieb uns zum Weiterstreiken, aber die kühle Vernunft riet ab.

Geldbindungen sind an Paul Horn, Bochum, Wiemelhäuser Straße 40, zu richten.

Wir ersuchen die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes, die Bergleute auch weiterhin zu unterstützen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Wahlhausen i. Thür. Der Steinmetz Stephan Brechter ist abgereist, ohne sein Buch mitzunehmen. Die Lokalverwaltung. **Söbbsjün.** Der Steinmetz Paul Stein, geboren am 8. September 1872 zu Schmölln. Eingetretten am 10. Januar 1904 zu Söbbsjün, Verbandsbuchnummer 26667, wurde aus dem Verbandsausgeschloffen. Die Verwaltung.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. Februar 1905. **Reb.** Streikunterstützung für die Bergarbeiter 12.—; **Fürstberg.** Beitrag 4.10; **Kendtsburg.** Beitrag 2.—; **Hamburg II.** Beitrag 160.—; **Mittweida.** Beitrag 112.—; **Meißen.** Beitrag 128.—; **Eintrittsmarken 5.—;** **Stuttgart II.** ? 85.—; **Mannheim.** Beitrag 64.—; **Marburg.** Beitrag 34.22; **Hauptbuch 2.50.** **Stempel 1.50.** **Farbstiften 0.50.** **Brotschüre 1.—;** **Naumburg.** Beitrag 32.—; **Erffran.** 4. Qu. 8.60; **Breslau.** Beitrag 2.10; **Falkenberg.** Beitrag 2.25; **Lugowitze.** Beitrag

2.—; **Kirchheim.** Beitrag 125.72; **Eintrittsmarken 3.—;** **Siebersfelden.** Beitrag 96.—; **Eintrittsmarken 3.—;** **Ottensleben.** Beitrag 60.—; **Obernöbzig.** Beitrag 9.85; **Allagen.** Beitrag 8.—; **Rebra.** Beitrag 60.80; **4. Qu. 9.—;** **Striegau.** Beitrag 800.—; **Sell.** Beitrag 128.—; **Nürnberg.** Beitrag 128.—; **Heppenheim.** Beitrag 44.64; **Platzbücher 3.—;** **Eintrittsmarken 21.86;** **Berlin (Schmitz).** Zinserat —80; **Düsseldorf.** Beitrag 68.85; **Demitz-Thumitz.** Beitrag 112.—; **Eintrittsmarken 1.50.** **Erismarken —.50;** **Osternwald.** Beitrag 84.—; **Eintrittsmarken 5.—;** **Leipzig.** Beitrag 1.20; **Sonderbad.** Stempel und Rest Farbstiften 1.70; **Brotschüre 1.—.** Feliz Sange, Kassierer.

Briefkasten.
Nürnberg. Der Bericht enthält nur Unwesentliches, wurde also nicht aufgenommen.
Sensdorf. Solche Veröffentlichung nehmen wir jetzt nicht auf. Siehe nächste Nummer.

Anzeigen.

Gaukonferenz des 8. Gaus.

Vorort: Düsseldorf.
Am Sonntag, den 26. Februar, vormittags Punkt 11 Uhr beginnend, findet in Essen a. d. Ruhr im Lokal zur „Rothenburg“, Kasanien-Allee, die

Gaukonferenz für Rheinland und Westfalen

statt.
Tagesordnung:
1. Bericht der Gauleitung.
2. Wie betreiben wir am besten für dieses Jahr die Agitation?
3. Presse.
4. Unterstützungsweifen.
5. Laßt bei Lohnbewegungen.
6. Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt werden.
Jeder Ort ist berechtigt, mehr Delegierte zu entsenden, Delegierte aus unorganisierten Orten sind willkommen. Die Kosten für die Delegation hat jeder Ort selbst zu tragen.
Situationsberichte der einzelnen Orte sind schriftlich der Konferenz einzureichen.
Die Gauleitung.
J. B.: Heinrich Schmitt, Wielandstr. 52, II.

Steinarbeiter v. Beucha-Brandis.

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr
Grosse öffentliche Steinarbeiter-Versammlung
im Gasthof Bloha.

Tagesordnung: 1. Die modernen Erscheinungen in und gegen die Arbeiterbewegung. Referent: Genosse K. Schulze, Vorsitzender des Leipziger Gewerkschaftsartells. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Die Steinarbeiter von Beucha-Brandis werden um äußerst zahlreichen Besuch der so wichtigen Versammlung gebeten.
Der Vorstand.

Unserem Kollegen Jakob Bruner und dessen Braut die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Hochzeit.
Die Kollegen der Zahlstelle Mainz.

Todes-Anzeigen.

Am 19. Januar starb in seiner Heimat zu Metten unser Berufs-Kollege
Jakob Sigl
im Alter von 24 Jahren an der Berufs-Krankheit.
Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.
Die organisierten Kollegen von Friedensfeld.

Am 8. Februar starb unser Kollege, der Steinmetz
Wilhelm Degent
im Alter von 25 Jahren an der Berufs-Krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Heidingsfeld.

Am Mittwoch, den 8. Februar, scheid unser Kollege
Joseph Staudinger
geboren zu Metten, im Alter von 38 Jahren freiwillig aus dem Leben. Wir verlieren in demselben ein langjährig organisiertes Verbandsmitglied. Der Verstorbene hatte auch in jeder Hinsicht als überzeugter Parteigenosse seine Pflicht voll und ganz erfüllt.
Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.
Die organisierten Kollegen von Beucha-Brandis.

Anschließend hieran sage ich den Kollegen von Beucha-Brandis für die äußerst zahlreiche Beteiligung an der Leichenfeier meines Bruders sowie der Niederlegung der Kränze besten Dank.
Alois Staudinger.

Am 11. Februar starb unser Kollege
Emil Wagenfeldt
im Alter von 37 Jahren an der Berufs-Krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Einzelzahler von Waten.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.